

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Ute Berg von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die enttäuschende Botschaft für die Opposition gleich zu Beginn: Die Regierung ist voll und ganz handlungsfähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Teil der Regierung?)

– Man muss nicht immer hier sitzen, um handlungsfähig zu sein. Man kann Handlungen tatsächlich auch woanders vorbereiten und tätigen. –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie beweist das mit den zwei Konjunkturpaketen, die sie beschlossen hat und die allseits gelobt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wem denn? – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von ihr selbst!)

Sie hat das nicht zuletzt mit der raschen Beschlussfassung über diese Pakete bewiesen. Wir haben das mit unseren zügigen und konstruktiven parlamentarischen Beratungen unterstützt.

(B) Auch inhaltlich wurden die Weichen richtig gestellt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Sprintschleudern, Abwrackprämie und Milliarden für Banken!)

– Doch, ich glaube das. Obwohl es mir schwerfällt, gegen Ihre Zwischenrufe anzuschreien, versuche ich es. – Sie hat das mit einem ausgewogenen Verhältnis von Ausgaben zur Stützung der Konjunktur einerseits und der Höhe der Neuverschuldung, die wir begrenzen wollen, andererseits geschafft.

Die Regierung hat mit Peer Steinbrück einen sozialdemokratischen Finanzminister, der seiner Verantwortung in der Krise voll und ganz gerecht wurde.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU])

Er hat ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Finanzmarkt zu stabilisieren.

Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir einen Vizekanzler, der mit seinem Konzept für das Konjunkturpaket die Grundlage dafür geliefert hat, dass wir diese Krise effektiv bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

Wir sind also durchaus zufrieden mit der aktuellen Entwicklung. Wir haben klare Vorstellungen davon, was in diesen Zeiten zu tun ist, und die Bundesregierung hat die Kraft, das auch umzusetzen.

Worum geht es? Es geht nicht um kabarettistische Auftritte à la Döring oder Künast. (C)

(Dirk Niebel [FDP]: Das war eine brillante Rede!)

Wir wollen Unternehmen stärken und Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen.

In den letzten Jahren war die Große Koalition darin sehr erfolgreich. Rot-Grün hat entsprechend vorgearbeitet. Die Arbeitslosigkeit ist drastisch zurückgegangen. Zurzeit müssen wir allerdings befürchten – das ist ein ernstzunehmendes Thema –, dass die Einbrüche in den Auftragsbüchern auch zu Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen. Olaf Scholz hat daher mit den Kurzarbeiterregelungen und den notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen einen Puffer geschaffen, mit dem Produktionsausfälle abgefedert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Kredit- und Bürgschaftsprogramme aufgelegt, die Banken und Unternehmen unter die Arme greifen. Das sichert Arbeitsplätze und die Existenz von vielen kleinen und großen Unternehmen.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Nur den großen Unternehmen! Nicht den kleinen!)

Wir sorgen für den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur und für die Modernisierung und den weitergehenden Ausbau der Energienetze.

Alle Maßnahmen, die ich eben genannt habe, und noch viele mehr stammen aus dem Steinmeier-Papier. Das wird Ihnen nicht entgangen sein. (D)

(Zuruf von der FDP: Das komplette Papier ist uns entgangen!)

Das heißt, dieses Papier ist nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt worden. Das beweist die konstruktive Zusammenarbeit im Kabinett und die Kompetenz und Durchsetzungsstärke unserer Ministerinnen und Minister.

Morgen wird der neue Wirtschaftsminister vereidigt. Wir jedenfalls wünschen Freiherrn zu Guttenberg alles Gute in seinem neuen Amt und sichern ihm zu, dass er auf eine faire Zusammenarbeit mit der SPD bauen kann,

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Das braucht er dringend!)

auch wenn die Umstände, wie er in sein Amt gekommen ist, nur als abenteuerlich zu bezeichnen sind.

Der Umgang von Teilen der CSU mit der Kanzlerin auch in dieser Frage hat uns sehr abgeschreckt. Die Regierungsfähigkeit des Kabinetts war aber zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir weisen – das darf ich abschließend festhalten – mit Abscheu und Empörung zurück, was in dieser Aktuellen Stunde vorgebracht wurde, nämlich dass die Führungsverantwortung der Kanzlerin nicht gewährleistet sei.

Ute Berg

- (A) (Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Empörung sieht man Ihnen gar nicht an!)

Wir als Koalitionspartner haben keinen Zweifel daran.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sieht Münte aber ganz anders!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Axel Troost von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich ist das Verfahren, wie Bundeswirtschaftsminister Glos am Wochenende seinen Dienst quittiert hat und wie sein Nachfolger bestimmt wurde, eine Blamage. Natürlich darf man als Parlamentarier fragen, ob die Bundeskanzlerin ihre Regierung wirklich noch im Griff hat. Aber als Opposition sollten wir nicht die gleichen Fehler machen wie die Bundesregierung, nämlich die Öffentlichkeit mit Personaldebatten zu irritieren. Meine Fraktion hat wenig von der Wirtschaftspolitik von Herrn Glos gehalten. Ich sehe wenig Hoffnung, dass das bei Herrn zu Guttenberg anders werden wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

- (B) Lassen Sie uns daher nicht über Personalien, sondern lieber über Politikinhalt reden. Entscheidend ist doch die Frage, wohin die Bundeskanzlerin mit ihrer Regierung steuern will. Wir beobachten in den letzten Monaten, dass wichtige Glaubenssätze der neoliberalen Politik der letzten 20 Jahre

(Dirk Niebel [FDP]: Das sind die 20 Jahre, in denen der Sozialismus gescheitert ist!)

in einer außerordentlich schwierigen Krise außerordentlich schnell über Bord geworfen werden. Konjunkturprogramme sind auf einmal in und nicht mehr des Teufels. Der Einstieg des Staates als Retter privater Banken wird zum geeigneten Mittel. Für all das sind nach all den Jahren des Sozialabbaus auf einmal Milliardenbeträge verfügbar.

In einer solchen Situation ist es angemessen, noch einmal nach den ursprünglichen Interessenlagen zu fragen. Es ist zwar richtig, dass der Neoliberalismus als quasi religionsartige Ideologie, dass ausschließlich die Steuerungsfähigkeit der Märkte funktioniert, ein fanatisches Ausmaß angenommen hat. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Neoliberalismus die gesellschaftspolitische Fassade für eine dahinterliegende interessengeleitete Politik war und ist. In der aktuellen Krisensituation ist es für die Kapitaleseite attraktiver, einen starken Staat zu fordern; denn sie hat im Augenblick Angst um ihre Kapitalanlagen. Damals wie heute sind es die Kapitalbesitzer, die Reichen und die Superreichen, die profitieren, früher vom Rückzug des Staates, von der Privatisierung, von Spekulationsmöglichkeiten, heute

von Bankenrettungsplänen und Konjunkturprogrammen. Wir können hier lange die Führungsfähigkeit der Bundeskanzlerin infrage stellen sowie auf das Regierungschaos und das Personalchaos schimpfen. Eines kann man der Bundeskanzlerin aber nicht vorwerfen: dass sie die Leute aus den Augen verliert, für deren Interessen sie sich einsetzt, genauso wie das die vorangegangenen Bundesregierungen getan haben. (C)

In diesem Zusammenhang ist die Föderalismuskommission mit der sogenannten Schuldenbremse ein trauriges Beispiel aus der letzten und dieser Woche. Genauso wie beim Stabilitätspakt der EU wird hier mit der Schuldenbremse ein formaler Sachzwang geschaffen. Heute werden die Banken mit Milliardenbeträgen saniert. In wenigen Jahren kann dann eine Bundesregierung behaupten, für Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Zuschüsse zur Rentenversicherung sei kein Geld mehr da, weil keine Verschuldung mehr möglich sei. Dazu sagen wir in der Tat: Es ist notwendig, die Banken nicht pleitegehen zu lassen, hier Sanierungsschritte zu machen. Aber es stellt sich die Frage: Wer zahlt all dies? Das dürfen nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sein, sondern das müssen diejenigen sein, die sich über Jahre und Jahrzehnte eine goldene Nase verdient haben. Deswegen sagen wir: Wir müssen Geld über eine Zwangsabgabe, eine Zwangsanleihe, die Vermögen- und Erbschaftsteuer und vieles andere mehr beschaffen; denn nur so können wir gewährleisten, dass nun diejenigen, die bisher profitiert haben, in die Finanzierungsverantwortung einbezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) (D)

Das liegt aber eben nicht im Interesse der herrschenden Eliten dieses Landes. Um die Interessen dieser Eliten abzusichern, fehlt es der Bundesregierung leider nicht an Führung. Von dieser Führung, meine Damen und Herren, möchte ich nicht mehr haben.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Michael Fuchs von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sind Sie eigentlich nicht Minister geworden, mit Ihrer Kompetenz?)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Künast, was ist eigentlich stringente, konsistente, nachhaltige Politik?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie Minister geworden wären!)

Ich will Ihnen ein Beispiel vom heutigen Tag nennen. Heute haben Sie im Bundestagsausschuss für Wirtschaft